

13/86

Norbert Blüm fordert Teamarbeit für mehr Beschäftigung

In einer Regierungserklärung zur Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt am Donnerstag, 24. April 1986, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vor dem Deutschen Bundestag: Es ist eine gute Gelegenheit, vor dieser Schlussbrücke eine Besinnungspause für Rückblick und Ausschau zu nutzen.

Wachstum

- 1982: schrumpfende Wirtschaft
- 1986: wachsende Wirtschaft
- 1982: Rückgang des realen Bruttonsozialprodukts um minus ein Prozent
- 1986: Anstieg des realen Bruttonsozialprodukts um mehr als 3 Prozent

Beschäftigung

- 1982: Arbeitsplatzabbau, Beschäftigungsrückgang
 - 1986: Arbeitsplatzgewinn, Beschäftigungszuwachs
 - 1982: Beschäftigungszahlen minus 400 000
 - 1986: Beschäftigungszahlen plus 300 000
- In den beiden letzten Jahren der Regierung Schmidt ging die Zahl der Erwerbstätigen um 820 000 zurück

Das Ja zur Sozialen Marktwirtschaft erfordert ein uneingeschränktes Ja zur Mobilisierung aller Beschäftigungsmöglichkeiten

HEUTE LESEN SIE:

- REGIERUNGSERKLÄRUNG
Unsere Politik für Arbeitnehmer.
Seite 3
- DGB-BEFRAGUNG:
Das Votum war der Manipulation sperrangelweit ausgesetzt.
Brief von Norbert Blüm an Ernst Breit.
Die Befragung im Spiegel der Presse.
Seite 10
- EAK-KONGRESS
Helmut Kohl: Wir werden um jede Stimme kämpfen.
Seite 13
- FLUGBLATT
Den Arbeitnehmern geht es besser.
Seite 21
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Der neue WM-Kalender ist da.
Seite 23
- WANDZEITUNG
Stabile Politik — Stabile Mark.
Seite 24
- DOKUMENTATION
Die Skandalchronik der Neuen Heimat.
grüner Teil

Preise

- 1982: Kaufkraftverlust durch Preisanstieg von 5,3 Prozent
- 1986: Preisstabilität, Inflationsrate bewegt sich im Jahresschnitt in Richtung 0,5 Prozent

Ohne Investitionen gibt es keine Arbeitsplätze. Investitionen fallen nicht vom Himmel. Sie brauchen Auslöser. Der Zuwachs von Real-einkommen schafft eine solid-fundierte Nachfrage.

Realeinkommen

- 1982: Realeinkommensrückgang um 2,2 Prozent
- 1986: Realeinkommensanstieg um fast 4 Prozent

Für Maßnahmen der aktiven Ar-betsmarktpolitik stehen in die-sem Jahr 11,5 Milliarden DM zur Verfü-gung. 70 Prozent mehr als 1982; da waren es nur 6,8 Milliarden DM.

Soziale Sicherheit

- 1982: Milliardendefizite, Einsturz-gefahr
- 1986: Finanzstabilität

Johannes Rau wäre gezwungen, sofort den alten Niedrigstandard aus SPD-Zeiten wiederherzu-stellen, wenn er alle unsere Sparmaßnahmen zurücknehmen will. Denn nur durch Sparen haben wir das Geld gewonnen, das für eine aktive Arbeitsmarktpolitik nötig war. Nie wurden die Instru-mente dieser Arbeitsmarktpolitik effektiver eingesetzt.

Arbeitslosenversicherung

- 1982: Sparzwang bei erwartetem Defizit von 14,2 Mrd. DM für 1983
- 1986: Handlungsspielraum für ak-tive Arbeitsmarktpolitik

Preisstabilität ist eine stille Politik. Preisstabilität ist Sozialpoli-tik auf leisen Sohlen.

Rentenversicherung

- 1982: auf dem Weg in die Zah-lungsunfähigkeit
- 1986: erstmals seit 13 Jahren wie-der steigende Rücklagen

Nicht Bunkermentalität, Tabu-Kataloge sind gefragt, sondern beschäftigungswirksames Han-deln. Und diese Handlungsmög-lichkeiten sind größer, als die öf-fentliche Diskussion erkennen läßt.

Wir machen Politik für die, die arbeiten wollen und für die, wel-che arbeiten wollen und nicht können, aber nicht für die, wel-che arbeiten können, aber nicht wollen.

Unsere Politik für Arbeitnehmer

Durch die Politik der Bundesregierung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wachstumsbedingungen und der Beschäftigungslage sowie zur Gesundung der Sozialfinanzen und zur Erhaltung des sozialen Sicherungssystems hat sich der bereits 1984 erkennbare positive Trend der Beschäftigungsentwicklung bis heute deutlich verstärkt und das finanzielle Fundament der Sozialversicherung spürbar gefestigt.

Der dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit vom Beginn der achtziger Jahre wurde gestoppt. Die Beschäftigung nimmt kräftig zu. Seit Anfang dieses Jahres geht die Zahl der Arbeitslosen im Jahresvergleich erstmals seit 1980 wieder zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter hat seit Anfang 1983 um rund 900 000 abgenommen. Die Arbeitsplätze sind wieder sicherer, die Furcht vor Massenentlassungen ist gebannt.

Mehr Beschäftigung bedeutet für die Sozialversicherung auch mehr Beitragszahler. Zusammen mit den Erfolgen der Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre hat die Verbesserung der Beitrags-einnahmen aufgrund der günstigen Beschäftigungsentwicklung wesentlich dazu beigetragen, daß die Finanzen der sozialen Sicherung heute wieder auf einer soliden Basis stehen und daß vor allem die Finanzgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung bis Ende des Jahrzehnts gesichert ist.

Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland blicken aufgrund der erfolgreichen Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungs-politik der Regierung Helmut Kohl wieder zuversichtlich in die Zukunft: Wo es unter der SPD Rückschritte gab, gibt es heute wieder Fortschritte.

Unter der SPD-Regierung war das reale Bruttonsozialprodukt — also die Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft — in den Jahren 1981 und 1982 geschrumpft. Die Regierung Helmut Kohl hat diese wirtschaftliche Talfahrt gestoppt und einen soliden Wirtschaftsaufschwung eingeleitet. Heute schreiben wir wieder schwarze Zahlen. 1985 betrug die Wachstumsrate 2,5 Prozent. 1986 wird sie nach allen vorliegenden Schätzungen auf über drei Prozent ansteigen.

Stabile Preise

1982, unter der SPD-Regierung, drückte uns eine Inflationsrate von 5,3 Prozent. Lohn- und Rentenerhöhungen wurden durch die Inflation aufgezehrt. Heute haben wir wieder Preisstabilität. 1985 betrug der Preisanstieg nur noch 2,2 Prozent, 1986 werden es nur noch 1,5 Prozent oder sogar noch weniger sein. Das bedeutet deutlich mehr Kaufkraft für Arbeitnehmer und Rentner.

1982, unter der SPD-Regierung, drohte die Neuverschuldung des Bundes auf über 50 Milliarden Mark anzusteigen. Heute haben wir wieder geordnete Staats-finanzen. 1985 betrug die Neuverschuldung nur noch 22,4 Milliarden Mark.

1982, unter der SPD, stieg die Arbeitslosigkeit um 44,1 Prozent. Gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen um 435 000 zurück. Die CDU-geführte Bundesregierung hat den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt und dafür gesorgt, daß die Arbeitsplätze sicherer wurden und neue geschaffen werden konnten. Allein 1985 hat die Zahl der Erwerbstätigen um 250 000 zugenommen; 1986 wird sie noch einmal um 300 000 bis 400 000 steigen.

Für diese günstige Entwicklung hat die Bundesregierung mit ihrem umfassenden

und klaren Konzept zur Wiedergewinnung von Wachstum und Stabilität die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. Grundlage dafür war die **Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft** durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die Erfolge im einzelnen:

Die Preise sind wieder stabil

Im Herbst 1981 — unter der SPD-Regierung — lag die Inflationsrate bei 6,3 Prozent. Heute dagegen bleibt der Preisanstieg unter zwei Prozent, und möglicherweise wird im Durchschnitt des Jahres 1986 eine Eins vor dem Komma stehen. Wenn die Ölpreise so niedrig bleiben, ist sogar eine Null vor dem Komma nicht ausgeschlossen. Damit haben wir heute die niedrigste Preissteigerung seit den sechziger Jahren.

Stabiler Geldwert stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten und lässt den Realwert des Geldvermögens der Bürger wachsen. Geldwertstabilität ist eine unerlässliche Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Denn Inflation schafft keine Arbeitsplätze, sondern vernichtet sie.

Preisstabilität ist aber auch die beste Sozialpolitik für Arbeitnehmer, für Familien und Rentner. Unter der SPD-Regierung hat die Inflation jahrelang diejenigen begünstigt, die Immobilien und Sachwerte besitzen, also die reichen Gruppen der Bevölkerung; benachteiligt wurden dagegen diejenigen, die ihre geringen Ersparnisse nur auf Sparbüchern anlegen konnten.

Die Einkommen nehmen zu

1981 und 1982 sind die Realeinkommen der Arbeitnehmer gesunken. Sie haben

den Wettkampf gegen die Inflation verloren, da die Preise stärker stiegen als ihre Löhne. 1984 und 1985 haben die Arbeitnehmer diesen Wettkampf erstmals seit Jahren wieder gewonnen.

Stabiler Geldwert erhöht auch die Kaufkraft von Arbeitnehmern und Rentnern. Die **zusätzliche reale Kaufkraft**, die wir durch die Preisstabilität gewonnen haben, übertrifft bei weitem jedes vernünftigerweise vorstellbare staatliche Ausgabenprogramm. Allein der Rückgang der Preissteigerungsrate um einen Prozentpunkt bedeutet für die Arbeitnehmer rund fünf Milliarden und für die Rentner und Pensionäre rund zwei Milliarden Mark zusätzliche Kaufkraft im Jahr. Seit unserem Regierungsantritt ist die Preissteigerungsrate um über 3,5 Prozentpunkte gesunken: Das ist so gut wie eine 3,5prozentige Renten- oder Lohnerhöhung. Unter dem Strich bedeutet dies einen jährlichen Kaufkraftgewinn von über 15 Milliarden Mark für die Arbeitnehmer und von über sechs Milliarden Mark für die Rentner.

Hatte zum Beispiel eine Familie ein Jahreseinkommen von rund 30 000 Mark, so hat sie 1982 unter der SPD-Regierung bei 5,3 Prozent Inflation 1 590 Mark verloren; das heißt, am Ende des Jahres waren die 30 000 nur noch 28 410 Mark wert. 1986 bleiben von einem gleich hohen Jahreseinkommen 29 550 Mark übrig: Dank der geringen Preissteigerung hat diese Familie heute 1 140 Mark mehr zur Verfügung.

Zinssenkungen entlasten Bürger und Wirtschaft

Die Gesundung der öffentlichen Finanzen war eine wichtige Voraussetzung dafür, daß es wirtschaftlich wieder aufwärts ging. Dadurch wurde auch eine günstigere Zinsentwicklung erreicht. Eine Zinssenkung um zwei Prozentpunkte entlastet

Wirtschaft und Bürger um 14 bis 16 Milliarden Mark. Der Zinssatz ist also ein entscheidender Preis- und Kostenfaktor für die Wirtschaft, für die öffentliche Hand und natürlich auch für viele Bürger. Zugleich ist er aber auch eine Meßlatte für das Vertrauen in die Politik von Bundesregierung und Bundesbank.

„Glückliche Deutsche!“ schreibt die französische Tageszeitung „Figaro“, „sie haben Vertrauen in die Wirtschaft, setzen auf den Aufschwung und senken ihre Zinsen ohne den Wertverfall ihrer Währung fürchten zu müssen.“

Mehr Eigenkapital für Unternehmen — mehr Vermögensbildung für Arbeitnehmer

Die SPD hat in der Vermögenspolitik 13 Jahre lang leere Versprechungen gemacht und sich sogar mit einer Kürzung von 900 Millionen Mark verabschiedet. Gleichzeitig ist die Ausstattung der deutschen Unternehmen mit Eigenkapital in diesen Jahren stark zurückgegangen. Sie lag 1981 bei 20 Prozent, während es in den sechziger Jahren noch 30 Prozent gewesen waren.

Die CDU-geführte Bundesregierung dagegen hat bereits im März 1983 ein neues **Vermögensbeteiligungsgesetz** in Angriff genommen. Sie hat das alte 624-Mark-Gesetz auf 936 Mark aufgestockt, die Anlagemöglichkeiten um zusätzliche Beteiligungen am Produktivkapital ausgeweitet und die staatliche Förderung um 1,4 Milliarden Mark erhöht.

Bislang waren 624 Mark im Jahr begünstigt. Jetzt sind es 936 Mark. Für die zusätzlichen 312 Mark gibt es eine höhere Arbeitnehmersparzulage vom Staat, wenn dieses Geld in Form von Vermögensbeteiligungen angelegt wird. Betrug die staatliche Vermögensförderung bisher je Ar-

beitnehmer jährlich höchstens 206 Mark, so kann sie jetzt bis zu 459,65 Mark betragen. Wer die staatliche Förderung über zehn Jahre lang vollständig nutzt, kann mit 8 699 Mark Eigenbeteiligung ein Vermögen von 21 460 Mark ansparen.

Wir wollen Arbeitnehmer zu Partnern und Teilhabern am Produktivvermögen machen. Deshalb haben wir bereits in der **ersten Stufe des neuen Vermögensbeteiligungsgesetzes** im März 1983 für die Betriebe bessere Möglichkeiten geschaffen, ihre Mitarbeiter an Kapital und Gewinn des Unternehmens zu beteiligen, und bei den Arbeitnehmern fördern wir dieses Ziel mit einer höheren staatlichen Sparzulage.

Noch in diesem Jahr wird auch die **zweite Stufe der Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer** verwirklicht: Die außerbetriebliche Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer wird erleichtert. Durch die Zulassung von Kapitalanlagegesellschaften mit Beteiligungsondervermögen sind die Voraussetzungen für überbetriebliche indirekte Beteiligungen der Arbeitnehmer am Produktivvermögen entscheidend verbessert worden.

Die Steuern werden gesenkt

Die erfolgreiche Sanierung des Bundeshaushalts hat die größte Steuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht. Mit dem Steuersenkungsgesetz 1986/88 hat die Bundesregierung ihr wichtigstes steuerpolitisches Vorhaben in dieser Legislaturperiode verwirklicht. Insgesamt wird die Lohn- und Einkommensteuer 1986/1988 um fast **20 Milliarden Mark pro Jahr** gesenkt, ohne daß zum Ausgleich dafür andere Steuern erhöht werden müssen. Die in dieser Größenordnung bisher einmalige Steuerentlastung ist nur möglich, weil die Bundesregierung mit ihrem neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs die Staatsausga-

ben wieder unter Kontrolle gebracht und einen wirtschaftlichen Aufschwung eingeleitet hat.

Am 1. Januar 1986 ist die erste Stufe des Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familien in Kraft getreten. In der ersten Stufe werden vor allem die Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen sowie die Familien mit Kindern um insgesamt rund 11 Milliarden Mark entlastet. Hiervon entfallen rund 75 Prozent auf Steuerpflichtige mit einem zu versteuernden Einkommen bis zu 50 000/100 000 Mark (Ledige/Verheiratete). Der Löwenanteil mit mehr als 70 Prozent kommt Familien mit Kindern zugute.

In der zweiten Stufe ab 1988 werden die Tarifverbesserungen bei der Einkommen- und Lohnsteuer voll wirksam. Die steuerliche Grenzbelastung wird über den gesamten Progressionsbereich deutlich abgesenkt. Bezieher höherer Einkommen müssen also bis 1988 warten, bis sie in den Genuss der vollen Steuersenkung kommen. Sie leisten damit auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Die Steuersenkung ist in ihrer Wirkung sozial ausgewogen

Insgesamt werden Einkommen- und Lohnsteuerzahler im Durchschnitt um rund acht Prozent entlastet. Steuerpflichtige mit zu versteuernden Einkommen bis 18 000/36 000 Mark (Ledige/Verheiratete) erhalten einen Entlastungsanteil von 7,8 Prozent, obwohl sie nur 5,9 Prozent zum gesamten Steueraufkommen beitragen. Hingegen beträgt der Entlastungsanteil der mit dem Spitzensteuersatz von 56 Prozent besteuerten Bürger nur 4,7 Prozent, obwohl sie 17,5 Prozent zum gesamten Steueraufkommen beitragen.

Schwerpunkt der ersten Stufe der Steuersenkung ist die Verbesserung des steuerlichen Familienlastenausgleichs ab 1986. So sind die Kinderfreibeträge von 432 auf 2 484 Mark je Kind angehoben worden. Die sogenannten Kinderadditiven bei den Sonderausgaben, die sich bis zu 900 Mark je Kind auswirken können, gehen in diesen erhöhten Freibeträgen auf.

Mehr Chancen für Beschäftigung

Mehr Beschäftigung zu schaffen, bleibt die innenpolitische Aufgabe Nr. 1. Staatliche Strohfeuerprogramme lösen das Problem allerdings nicht. So hat die SPD-Regierung von 1974 bis 1982 insgesamt 17 „Beschäftigungsprogramme“ mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Milliarden Mark beschlossen. Doch die Arbeitsplätze sind davon nicht sicherer geworden — im Gegenteil: Das Ergebnis dieser Politik waren Stagnation und wachsende Arbeitslosigkeit. Geblieben sind die Schulden, für die wir heute die Zinsen zu zahlen haben.

Der Trend der rasch steigenden **Arbeitslosigkeit** ist gebrochen. Während die Zahl der Arbeitslosen 1981 um 43 Prozent und 1982 um 44 Prozent zugenommen hatte, machte die Steigerung 1983 noch 23 Prozent und 1985 nur noch 2 Prozent aus.

Wichtig vor allem: Erstmals seit 1981 hat von Mitte 1984 an die **Beschäftigung** wieder zugenommen, und zwar mit wachsendem Tempo. Im ersten Quartal 1985 waren 139 000 Erwerbstätige mehr beschäftigt gewesen als ein Jahr zuvor, im zweiten Quartal waren es 153 000, im dritten 210 000 und im vierten Quartal 214 000 gewesen. In diesem Jahr wird der Beschäftigungsaufschwung bei einem erwarteten Erwerbstätigenzuwachs um mindestens 300 000 erstmals seit 1979 auch wieder zu einem spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit führen.

Die Zahl der **Kurzarbeiter** — ein Frühindikator der Besserung auf dem Arbeitsmarkt — dürfte 1986 im Schnitt auf 200 000 zurückgehen; 1982 hatte sie bei 606 100 gelegen. Mitte März 1986 waren 294 500 Kurzarbeiter gemeldet, Mitte März 1983 waren es 1 022 900 gewesen.

Durch das dramatische Ansteigen der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1980 bis 1982 drohte der Bundesanstalt für Arbeit 1983 ein Defizit von 14,2 Milliarden Mark.

Niemand konnte damals annehmen, daß wir schon 1985 wieder über die Verwendung von Überschüssen diskutieren konnten. Wir haben den Sozialhaushalt konsolidiert, um die Finanzmittel wirksamer und gezielter einzusetzen. Wir haben erst gespart und dann verbessert. Zur Be seitigung der Arbeitslosigkeit ist die An strengung aller notwendig — der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, jedes einzelnen Bürgers und der politisch Verant wortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir haben auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft mit einer Offensive für mehr Beschäftigung begonnen. Sie hat drei Schwerpunkte: Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Förderung ausgewählter Wirtschaftszweige, gezielte Beschäftigungspolitik.

Mit dem **Beschäftigungsförderungsgesetz** — vor allem mit befristeten Arbeitsverträgen, mit besseren Bedingungen für Teil zeitarbeit und mit vernünftigen Sozial planregelungen — haben wir die Chancen für Neueinstellungen beträchtlich verbessert. Besser befristet beschäftigt als unbefristet arbeitslos.

Auch im **Schwerbehindertengesetz** sind Regelungen vorgesehen, die die Beschäftigung Behinderter fördern und Einstell lungshemmnisse abbauen. Arbeitgeber, die besonders schwer vermittelbare Be hinderte einstellen, sollen verstärkt finanziell gefördert werden. 1982 gab es 29 200

Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. 1985 waren es 87 000, und in diesem Jahr werden es rund 100 000 sein.

Mit der Änderung des **Arbeitsförderungsgesetzes** haben wir ab 1. Januar 1986 mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose eröffnet. Zu den Maßnahmen zählen:

Zahlung eines Einarbeitungszuschusses auch bei befristeten Arbeitsverträgen.

Zugang zu den besonderen Arbeits beschaffungsmaßnahmen für ältere Arbeitnehmer schon ab 50 Jahren, was bisher erst ab 55 Jahren möglich war. Verlänge rung der Eingliederungsbeihilfe von ei nem auf zwei Jahre.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die in **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** beschäftigt werden, ist von 26 900 im März 1983 auf 88 500 im März dieses Jahres gestiegen. Mit dem **Beschäftigungsförderungsgesetz** wurden auch Umweltschutzprojekte in den Förderungskatalog der Arbeits beschaffungsmaßnahmen einbezogen.

Mit der **Vorrustungsregelung** kann heu te eine große Zahl älterer Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz für jüngere Kollegen frei machen. Gerade auch in der Bauwirtschaft bedeutet dies eine wichtige Hilfe bei der unumgänglichen Struktur anpassung.

Nach der Änderung des **Arbeitsförderungsgesetzes** erhalten ab 1. Januar 1986 Arbeitslose ab 58 Jahren auch dann weiter Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe, wenn sie der Arbeitsvermittlung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Mit Hilfe der Leistungen nach dem **Rück kehrhilfegesetz** sind etwa 300 000 Ausländer einschließlich Familienangehöriger in ihre Heimat zurückgekehrt. Damit wurde der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland entlastet.

Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung hat die Bundesregierung die Kontrollen verschärft und in rund 30 Arbeitsämtern Schwerpunktbekämpfungsstellen eingerichtet. Die Strafen für illegale Ausländerbeschäftigung wurden erhöht, legale Arbeitsplätze dadurch sicherer gemacht.

Das Gesetz zur Sicherung der Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen, um das es in den vergangenen Monaten heftige Auseinandersetzungen gegeben hat, legt nicht nur die Neutralitätspflicht der Bundesanstalt klarer als bisher fest, es bringt auch handfeste Vorteile für die von Arbeitskämpfen betroffenen Arbeitnehmer.

So erhalten erstmals grundsätzlich alle Arbeitnehmer, die nicht selbst an einem Arbeitskampf beteiligt, aber mittelbar davon betroffen sind, einen gesetzlichen Anspruch auf Arbeitslosen- oder Kurzarbeitergeld. Keinen Anspruch darauf haben nur diejenigen, bei denen feststeht, daß der Arbeitskampf stellvertretend für sie mitgeführt wird und daß sie vom Ergebnis des Arbeitskampfes voraussichtlich auch profitieren.

Darüber, wann das Arbeitsamt im konkreten Fall zahlt, entscheidet ein Neutralitätsausschuß, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichgewichtig vertreten sind. Gegen eine Entscheidung dieses Ausschusses ist Klage beim Bundessozialgericht möglich. Das verkürzt den Rechtsweg und schafft mehr Sicherheit für die Arbeitnehmer und ihre Ansprüche.

Außerdem wird die Nachweispflicht der Arbeitgeber darüber, daß ein Arbeitsausfall im Betrieb durch einen Arbeitskampf bedingt ist, verschärft. Und gleich, ob die Arbeitseinstellung in einem Betrieb vorzeitig vorgenommen oder gar unbegründet ist — das Arbeitsamt zahlt zunächst einmal den Lohn in Höhe des Kurzarbeitergeldes aus und holt sich dieses Geld vom Arbeitgeber zurück, der seiner Lohnzahlungspflicht nicht nachkommt. Der Streit wird also nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen.

Alles in allem bringt die Neuregelung wichtige Verbesserungen und Klarstellungen, sowohl im Hinblick auf die Rechtssicherheit bei Arbeitskämpfen als auch in bezug auf die Rechte und Ansprüche der Arbeitnehmer.

Eine Offensive für Ausbildung und Weiterbildung

Die Zahl der Arbeitnehmer, die mit Hilfe des Arbeitsförderungsgesetzes neu in eine **berufliche Weiterbildungsmaßnahme** eingetreten sind, hat 1985 mit insgesamt 409 324 einen Höchststand erreicht: 15,9 Prozent mehr als 1984 und 54,2 Prozent mehr als 1982.

Mit der **7. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes** werden noch einmal rund 750 Millionen Mark für die Qualifizierung von Arbeitnehmern, vor allem von Arbeitslosen zusätzlich bereitgestellt. Im einzelnen sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Bemessung des Unterhaltsgeldes für Jugendliche, die an Berufsbildungskursen teilnehmen, nach 75 statt 50 Prozent des erzielbaren Tariflohnes

Bei beruflicher Fortbildung und Umschulung Anspruch auf Unterhaltsgeld für Jugendliche auch nach einer Schulausbildung, die einer betrieblichen Ausbildung gleichgestellt ist

Einführung eines Teilunterhaltsgeldes für Jugendliche, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und daneben noch an einem Teilzeitberufsbildungskurs teilnehmen

Einführung eines Teilunterhaltsgeldes für Frauen, die ins Erwerbsleben zurückkehren

Weiterzahlung von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe als Unterhaltsgeld bei Teilnahme an einem Berufsbildungslehrgang, wenn sonst kein Anspruch auf Unterhaltsgeld besteht

Verbesserung der Berufsausbildungsbeihilfe

Erhöhung des Unterhaltsgeldes für Teilnehmer an Berufsbildungslehrgängen

Erhöhung des Unterhaltsgeldes für Behinderte und Rehabilitanden

Förderung von Kursen zum beruflichen Aufstieg wird eine Pflichtleistung des Arbeitsamtes, bisher war es nur eine Ermessensleistung.

Für die Förderung der beruflichen Bildung und der beruflichen Rehabilitation, für die Förderung der Arbeitsaufnahme sowie für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden von der Bundesanstalt für Arbeit 1986 insgesamt 10,9 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Jahr 1982 sind damit die Mittel um rund 54 Prozent aufgestockt worden.

Ausbau sozialer Hilfen für Arbeitslose

Wir haben mit der Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes die **soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe** gestärkt und die Lage älterer Arbeitsloser verbessert, die am längsten Beiträge gezahlt haben:

Verlängerung der **Höchstanspruchsdauer beim Arbeitslosengeld** für Arbeitslose ab 44 Jahren auf 16, ab 49 Jahren auf 20 und ab 54 Jahren auf 24 Monate. **Erhöhung der Freibeträge**, bis zu denen das Einkommen des Ehegatten nicht auf die Ar-

beitslosenhilfe angerechnet wird, und **Verdoppelung der Kinderfreibeträge**, was in vielen Fällen eine Erhöhung der Arbeitslosenhilfe bedeutet.

Zahlung eines dreimonatigen **Überbrückungsgeldes** an Arbeitslose, die eine selbständige Existenz gründen.

Das **Benachteiligtenprogramm** wurde **aufgestockt**: im Oktober 1984 um 5 000 auf 18 500 Plätze. Für 1986 sind die Mittel von 256 Millionen auf 335 Millionen Mark erhöht worden. Damit können 1986 etwa 23 500 Plätze zur Verfügung gestellt werden. Das Bildungsbeihilfegesetz (u. a. Unterstützung arbeitsloser Jugendlicher beim Nachholen des Hauptschulabschlusses) wurde bis Ende 1992 verlängert; die entsprechenden Mittel wurden auf 250 Millionen Mark aufgestockt und die Altersgrenze auf 25 Jahre heraufgesetzt.

Seit dem 1. Januar 1985 erhalten **junge Arbeitslose** und Jugendliche ohne Ausbildungssplatz bis zum 21. Lebensjahr wieder **Kinder geld**.

Einkommenssteigerung von 60 Mrd. DM für 1986 erwartet

Das Haushaltseinkommen der Bundesbürger wird in diesem Jahr um 60 Milliarden DM höher liegen als 1985. Davon werden nach Berechnungen des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) zehn Milliarden gespart und 50 Milliarden DM für den privaten Konsum ausgegeben. Damit würden sich die Verbrauchsausgaben um knapp fünf Prozent erhöhen. Bei einer Inflationsrate von rund einem Prozent sei dies der höchste Anstieg seit 1973.

Das „Votum“ war der Manipulation sperrangelweit ausgesetzt

Anläßlich der Veröffentlichung der Arbeitnehmerbefragung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum § 116 AFG schrieb Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem Brief an den DGB-Vorsitzenden, Ernst Breit, diese Befragung des DGB sei ein Schlag gegen die besten demokratischen Traditionen der Gewerkschaften. Elementare demokratische Prinzipien seien mißachtet worden.

Norbert Blüm fährt fort: Das „Votum“ war der Manipulation sperrangelweit ausgesetzt. Die Stimmabgabe war weder geheim noch gegen Mißbrauch abgesichert. Stimmzettel wurden wie Flugblätter verteilt, ohne daß verhindert wurde, daß einzelne ihre Stimme mehrfach abgeben konnten. Kinder wurden zur Abstimmung zugelassen. Mancherorts wurde zu Mißbrauch geradezu angeregt. Ein so gewonnenes Ergebnis ist unbrauchbar.

Die DGB-Befragungsaktion zum § 116 AFG ist eine Irreführung der Arbeitnehmerschaft, denn die Streikfähigkeit der Gewerkschaften wird durch den § 116 AFG nicht angetastet. Auch die Bundesregierung will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten.

Für oder gegen die Streikfähigkeit und für oder gegen den § 116 AFG, das sind zwei Fragen, die nicht mit einer einzigen Stimmabgabe beantwortet werden können. „Abstimmungen“ dieser Art sind keine Abstimmungen.

Zur Übergabe der Ergebnisse der Befragungsaktion „Arbeitnehmervotum“ des DGB erklärte Heiner Geißler:

Die scheindemokratische Befragungsak-

tion des DGB ist eine Mischung aus jenen bekannten Abstimmungen nach Ostblockmanier und fernöstlichen Elementen, wie z.B. den Manipulationen auf den Philippinen. Mit einem demokratisch legitimierten Votum hat das Ganze nichts zu tun.

Der DGB hat mit dieser Aktion in übelster Weise versucht, die deutschen Arbeitnehmer zu manipulieren und die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen. Damit haben die DGB-Führer dem Ansehen der deutschen Gewerkschaften schweren Schaden zugefügt. Eine gewaltige Propagandawelle von Falschinformationen und üblichen Tricks brachten dem DGB das gewünschte Ergebnis.

Folgende Beispiele entlarven unter anderem diese agitatorischen Absichten:

1. Im Ruhrgebiet wurden in einem Betrieb mit 40 000 Mitarbeitern mehr als 49 000 Unterschriften abgegeben.
2. In verschiedenen Städten Hessens wurden die Stimmzettel der Befragungsaktion auf öffentlichen Toiletten ausgelegt.
3. In Köln wurden am 8. April vor einem Bundesliga-Spiel Stimmzettel angeboten. Jeder hatte die Möglichkeit, dort abzustimmen. Eine Kontrolle fand nicht statt.
4. In Hessen wurden in verschiedenen Betrieben ausländische Arbeitnehmer mit dem Hinweis, „es gehe um Geld“, zur Stimmabgabe aufgefordert.
5. In den Städten Hannover, Oberhausen und Köln wurden öffentlich in den größten Einkaufsstraßen Stimmzettel wahllos an Passanten verteilt. Eine Kontrolle fand nicht statt.
6. In Aachen wurden Kinder zu pensionierten Gewerkschaftsmitgliedern ge-

schickt. Als ein Rentner auf dem Stimmzettel „Nein“ ankreuzte, erklärte ein 13jähriger Junge sinngemäß, Neinstimmen würden weggeworfen.

7. Innerhalb der Räumlichkeiten der Universität Mannheim wurde am 11. April 1986 die Arbeitnehmerbefragung bei Studenten durchgeführt. Auf den Hinweis eines Studenten, daß es sich hier nicht um

Arbeitnehmer handele, wurde folgende Antwort des DGB-Vertreters gegeben:

„Sie werden ja wohl Ihre Meinung haben. Später werden Sie ja eventuell einmal Arbeitnehmer sein. Deshalb können Sie durchaus Ihre Stimme abgeben. Oder werden Sie nach Ihrem Studium etwa Arbeitgeber, dann brauchen Sie ja nicht abzustimmen.“

Die DGB-Befragung im Spiegel der Presse:

Die Zeit vom 4. 4. 1986:

„Die vom DGB in den Betrieben organisierte Befragung ist ein Unfug... Eine suggestive Fragestellung etwa nach der Art „Wollen Sie die Streikfähigkeit erhalten?“ (sogar das Bonner Kabinett würde da geschlossen mit Ja stimmen), verzerre Begleitinformationen und keinerlei Kontrolle darüber, wer überhaupt befragt wird: Das Ergebnis ist vorauszusehen. Es beweist leider fast gar nichts außer der Fähigkeit, sich durch die Art der Frage die erwünschte Antwort zu besorgen.“

Kölner Stadt-Anzeiger vom 4. 4. 1986:

„Das Ergebnis der vom DGB organisierten Befragungsaktion steht deshalb von vornherein fest... Doch es bleibt festzuhalten, daß die vom Bundestag beschlossene und demnächst dem Bundesrat vorliegende Änderung des (Streik-)Paragraphen 116 keineswegs die Streikfähigkeit der Gewerkschaften beseitigt, sondern nur bestimmte, in der Vergangenheit angewendete Streiktaktiken erschwert... Ein zweites kommt hinzu: Welche Garantien gibt es für einen normaler Ordnung entsprechenden Ablauf der Befragungsaktion? Ist zum Beispiel gewährleistet, daß keine Mehrfachabstimmungen einzelner Gewerkschaftler möglich sind?“

Die Welt vom 4. 4. 1986:

„Abgesehen von der irreführenden Agitation und der irreführenden Fragestellung ist beim ‚Abstimmungs‘-Verfahren der Manipulation Tür und Tor geöffnet. Es gibt keinerlei Kontrolle, wer wo — vielleicht in Betriebsratsbüros — auf wie vielen solcher Stimmzettel ein Kreuz macht. Es gibt keine Listen, nach denen die Stimmzettel ausgehändigt werden. Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, den Schein zu wahren und Wahlkabinen aufzustellen.“

Rheinische Post vom 3. 4. 1986:

„Jeden Demokraten muß die Verbissenheit besorgt machen, mit der die Gewerkschaften sich selbst ins Abseits stellen. Stimmzettel mit einer Fangfrage, auf die jeder nur mit Ja oder Nein antworten darf, sind eine Zumutung für intelligente Arbeitnehmer.“

Stuttgarter Zeitung vom 3. 4. 1986:

„Im Aufruf des Gewerkschaftsbundes ist aber von einer ‚Gegenabstimmung‘ die Rede, und das kann nur heißen, daß der DGB das Votum des frei gewählten Parlaments nicht anerkennen und es durch einen Quasi-Volksentscheid ersetzen will... Das Ergebnis der Befragung ist also vorprogrammiert; es soll den Gesetzgeber, genauer den Bundesrat, beeindrucken, der am 18. April über die Gesetzesänderung entscheiden wird.“

Stuttgarter Nachrichten vom 3. 4. 1986:

„*Anders als behauptet, ist die Stimmzettel-Aktion der Gewerkschaften keine demokratische Befragung, sondern eine politische Demonstration. Es geht um Macht, nicht um ein Mandat... Flankiert von Propagandaparolen gegen eine angeblich ‚arbeitnehmerfeindliche‘ Bundesregierung wird eine Abstimmung mit Stimmzetteln und Wahlurnen inszeniert, als könnten auf diese Weise die Mehrheitsverhältnisse bei uns umgedreht werden. Wenn Minister Blüm von einem Täuschungsmanöver und Arbeitgeberpräsident Esser gar von ‚Demagogie‘ spricht, so ist ihnen zumindest vor diesem Hintergrund recht zu geben. Mischnicks Warnung, die parlamentarische Demokratie dürfe nicht ausgehöhlt werden, erscheint angebracht.*“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) vom 2. 4. 1986:

„*Es fehlt auch an der dann notwendigen Objektivität der Fragestellung, und es fehlt an der ebenso notwendigen Kontrollierbarkeit. Die Frage, wie sie der DGB auf den ‚Stimmzetteln‘ formuliert hat, gibt einseitig den Standpunkt der Gewerkschaften wieder. Wer diese Meinung nicht teilt, hat nur die Möglichkeit, sich gar nicht zu beteiligen.*“

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2. 4. 1986:

„*Die Gesetzesänderung und die Streikfähigkeit haben nichts miteinander zu tun... Also wird den Arbeitnehmern die falsche Frage gestellt, und daher können sie nicht die richtige Antwort geben; sie werden für gewerkschaftliche Propaganda missbraucht. Zugleich wird der Eindruck eines legitimen Plebiszits erweckt. Tatsächlich wird eine Aktion gegen das Parlament inszeniert.*“

Mannheimer Morgen vom 2. 4. 1986:

„*Es bleibt dem DGB unbenommen, gegen die Koalition in Bonn bis zur Bundestagswahl ins Feld zu ziehen, wenn er sich durch die Änderung des Paragraphen 116 in seiner Schlagkraft geschwächt fühlt... Aber die heute beginnende Arbeitnehmer-Befragung per Stimmzettel weckt den Eindruck, daß die Verhältnismäßigkeit der Mittel und Worte einem Aktionismus untergeordnet wird, der den gewerkschaftlichen Druck auf Bonn noch lange aufrechterhalten soll.*“

Stuttgarter Nachrichten vom 2. 4. 1986:

„*Die Alternative, die ab heute auf Stimmzetteln zur Abstimmung vorgelegt wird, ist eine einzige Farce, weil den Arbeitnehmern schon durch die bloße Formulierung ein Ja regelrecht abgenötigt wird... Der DGB macht hier seine subjektive Auffassung, durch eine Änderung des Paragraphen 116 werde die Streikfähigkeit vernichtet, zu einer objektiv erscheinenden, aber falschen Feststellung... Vielleicht spüren die Arbeitnehmer, daß hier gar nicht ihre persönliche Meinung gefragt ist, sondern daß sie zu politischen Zwecken missbraucht werden.*“

Bonner General-Anzeiger vom 3. 4. 1986:

„*.... denn schon die Formulierung dieses Doppelsatzes macht deutlich, um was es eigentlich geht: Nicht um eine seriöse Meinungsumfrage unter Gewerkschaftsmitgliedern und -sympathisanten zu diesem Thema und schon gar nicht um eine Art Plebisitz, zu dem der DGB auch kein politisches Mandat hätte; gefragt und gewollt ist vielmehr eine Solidaritätsbekundung für den Konfrontationskurs des größten Teils der DGB-Spitze gegen die Bonner Regierungskoalition, den inzwischen auch mancher der eigenen Funktionäre mit zunehmendem Unbehagen betrachtet.*“

Der Bundeskanzler in Hannover:

Um jede Stimme kämpfen

Die Bürger in Niedersachsen werden in wenigen Wochen einen neuen Landtag wählen. Einige Monate danach findet die Landtagswahl in Bayern, und wiederum einige Wochen später die Wahl in Hamburg statt. Dann werden wir Ende Januar des kommenden Jahres — bis dorthin sind es nur noch wenige Monate — den neuen Deutschen Bundestag wählen. Es ist ganz natürlich, daß sich angesichts dieser Wahltermine die politischen Kräfte in einer besonderen Weise aneinander messen.

Aber wir sollten einmal einen Moment innehalten und uns vergegenwärtigen, wie zum Beispiel die Lage hier in Niedersachsen ist. Eben sprach hier zu Ihnen mein Freund Ernst Albrecht. Er gehört zu den erfolgreichsten Ministerpräsidenten im Nachkriegsdeutschland.

Ich komme ja selbst aus der Landespolitik und weiß, was es bedeutet, in finanziell schwierigen Zeiten die richtigen Prioritäten zu setzen und ein Land zu dem zu führen, was Niedersachsen heute darstellt: eines der aufstrebenden Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Das alles ist überhaupt nicht selbstverständlich. Sie brauchen nur in die Nachbarschaft nach Nordrhein-Westfalen zu gehen und sich einmal zu erkundigen, welche Daten etwa zu Beginn der siebziger Jahre dort im Vergleich zu Niedersachsen festgestellt wurden.

Es hat sehr viel mit den Persönlichkeiten zu tun, die im Parlament die Mehrheit führen und in der Regierung ihre Gestaltungskraft zur Geltung bringen, wie sich ein Bundesland entwickelt. Was in Niedersachsen geschehen ist, läßt sich so zu-

sammenfassen: Es war und ist eine Politik mit Augenmaß.

Und es ist zum zweiten eine Politik mit Menschlichkeit. Wer Ernst Albrecht kennt, der weiß: Das ist nicht ein Mann, der sich nur für statistische Daten interessiert. Er weiß, daß ökonomische Entwicklungen für sich allein noch nicht das Glück der Menschen bedeuten. Hier bietet die Landespolitik eine große Chance: Sie ist stärker als die Bundespolitik auf die Menschen bezogen, weil sie menschliche Schicksale direkter beeinflussen kann.

Schauen Sie sich den Gegenkandidaten an: Da kann es überhaupt keinen Zweifel geben, wer in Niedersachsen zu wählen ist. Ich denke dabei nicht nur an die Person des Gegenkandidaten, sondern auch an die Politik, die durch ihn und sein engeres Umfeld deutlich wird, die jeden in Niedersachsen warnen muß.

Die deutschen Sozialdemokraten haben einen wesentlichen Anteil an der Geschichte unserer Republik. Hier von Hannover aus hat eine der großen Gründergestalten unserer zweiten Republik, Kurt Schumacher — und ich erwähne es bewußt, gerade in diesen Tagen —, leidenschaftlich dafür gekämpft, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht mit den Kommunisten zusammengingen und daß jener schlimme Prozeß der Unterjochung sozialdemokratischer Überzeugung durch die SED im Bundesgebiet nicht stattfand. Das gehört zu den großartigen Kapiteln deutscher Politik, und es ist ein wesentlicher Beitrag der deutschen Sozialdemokraten zur Gegenwart und zur Zukunft.

Aber man muß gleichzeitig hinzufügen, daß wesentliche Sprecher der heutigen Sozialdemokratie mit dieser Politik nur noch wenig zu tun haben, daß sie in Wahrheit unterwegs sind zu einer anderen Republik. Sie wollen in den entscheidenden Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Deutschlandpolitik, der Innenpolitik, der Sozial- und Gesellschaftspolitik bis hin zum Grundverständnis über unsere Werteverordnung tiefgreifende Änderungen herbeiführen.

Wer in dieser Zeit wirtschaftlicher und anderer Herausforderungen ganz selbstverständlich mit den Grünen zusammengeht, der muß dem Arbeiter hier in Hannover sagen, wie er mit diesem Partner eine moderne Volkswirtschaft gestalten will. Er wird die Antwort schuldig bleiben.

Lassen Sie sich auch nicht irritieren von dem, was wir von Herrn Rau für die Bundestagswahl zu diesem Thema hören. Seit Holger Börner sein Wort gebrochen hat, muß man davon ausgehen, daß die führenden Sozialdemokraten nur ein Ziel haben: um jeden Preis an die Macht zu kommen oder an der Macht zu bleiben.

Deshalb ist es entscheidend, daß jeder Wähler hier in Niedersachsen die Alternative kennt. Ich bitte Sie alle, in den nächsten Wochen überall, wo Sie die Gelegenheit dazu haben — zu Hause, im Familienkreis, im Kreis der Freunde, in Vereinen und Vereinigungen, aber vor allem am Arbeitsplatz — darüber zu sprechen, worum es bei der Wahlentscheidung zum Landtag in Hannover geht. Wir haben eine großartige Chance, diese Wahl zu gewinnen, aber wir werden sie nur gewinnen, wenn wir bis zum Wahltag um jede Stimme kämpfen.

Diese Landtagswahl steht im Vorfeld der wichtigen Bundestagswahl im Januar 1987. In diesem Wahlkampf werde ich vor die Wählerschaft treten und Rechenschaft geben über das, was wir in diesen

vier Jahren geleistet haben, was wir aus dem Vertrauensvorschuß des Wählers von 1983 gemacht haben.

Wir werden darüber hinaus den Bürgern deutlich machen, daß es bei dieser Wahl im Januar 1987 um eine Richtungsentscheidung deutscher Politik geht, und daß nicht der geringste Grund gegeben ist, kleinmütigen Stimmungen nachzugeben.

Sie merken an einem Symptom sehr deutlich, wie schlecht die Position unserer Gegner ist: Überall dort, wo man im Bereich der Sachpolitik Punkt für Punkt nachmessen kann, wie es 1983 war und wie es heute ist, greifen sie zum erbärmlichen Mittel der Desorientierung bis hin zu persönlichen Verleumdungen. Wir alle erleben das jeden Tag, und Sie können sich darauf Ihren eigenen Vers machen. Mich beeindruckt dies überhaupt nicht. Wir sind vor vier Jahren aufgebrochen, unsere Bundesrepublik weiter auszubauen, und genau das haben wir getan.

Wir mußten 1982 unsere Arbeit in der tiefsten Krise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland beginnen. Wenn Sie aber heute Herrn Rau oder Herrn Vogel oder Herrn Brandt oder den SPD-Kandidaten in Niedersachsen hören, dann könnte man meinen, diese Leute wären erst in den letzten Jahren wieder in die Bundesrepublik eingewandert. Man könnte meinen, sie hätten in den Jahren von 1969 bis 1982 mit deutscher Politik überhaupt nichts zu tun gehabt.

Es war die sozialdemokratische Mißwirtschaft — genauer gesagt, es war die sozialistische Mißwirtschaft —, die das Land in die Krise Anfang der 80er Jahre gebracht hat. Herr Schmidt hat zwar immer großen Wert darauf gelegt, daß sein ökonomischer Sachverstand im In- und Ausland hervorgehoben wird. Aber Tatsache ist, daß die Ära des Bundeskanzlers Schmidt jene Ära war, in der wir durch

sozialistische Politik Schulden gemacht haben wie nie zuvor in der jüngeren deutschen Geschichte. Und Tatsache ist, daß das vor allem ein schlimmer Anschlag auf die Zukunft der jungen Generation war. Ich habe diese Politik immer als besonders unmoralisch empfunden, weil ich eben bestreite, daß die jeweils politisch handelnde Generation auf Kosten der nachkommenden Generation leben darf. Der Weg aus dieser Krise war mühsam und mit vielen Opfern verbunden. Auch bei uns, im Kreis der eigenen politischen Freunde, ist oft gefragt worden: Müßt ihr das alles jetzt machen, kann man das nicht verschieben bis zur nächsten Wahl? Ich habe nie viel von solchen Ratschlägen gehalten, denn Politiker sind vor al-

lem auch deswegen bei den Bürgern ins Gerede gekommen, weil man ihnen nachsagt, daß sie den Leuten vor der Wahl nicht die Wahrheit sagen. Wir haben am 6. März die Wahl gewonnen, weil wir klipp und klar gesagt haben, was wir tun würden, und wir haben es getan in diesen vier Jahren.

Wir haben noch nicht alles erreicht, was wir uns wünschen. Aber in wesentlichen, in entscheidenden Bereichen sind wir ein großes Stück vorangekommen. Es bleibt noch viel zu tun. Dazu brauchen wir — und ich sage das sehr persönlich: dazu brauche ich — Ihr Vertrauen, hier in Niedersachsen mit Ihrer Stimme für Ernst Albrecht und seine Mannschaft, und dann im Januar für unsere Politik in Bonn.

Aufgespießt

Der Versuch der SPD-Führung, eine parteiinterne Affäre um die Wochenzeitung „Vorwärts“ geräuschlos zu bereinigen, ist mißlungen. In Bonn wurde ein Brief des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt bekannt, der wegen eines „Vorwärts“-Artikels vom Parteivorstand „eindeutig Konsequenzen“ verlangt.

In dem Brief Schmidts an Brandt heißt es unter anderem:

„Ein mir persönlich unbekannter Herr namens Kraft Wetzel schreibt als seine Meinung, der Mord an Rosa Luxemburg sei durch die Blutspur mit Stammheim verbunden (wer ist dort angeblich ermordet worden?). Diese Blutspur sei das Kainsmal der immer noch herrschenden Klasse, deren Geschichte eine Geschichte der Abtreibungen schönerer, menschlicher Möglichkeiten war — „Abtreibungen, an denen übrigens die Sozialdemokratie der Eberts und Scheidmänner, der Lebers und Schmidts stets staatstragend mitwirkte.“

In der „Frankfurter Rundschau“ von heute lese ich, Du habest dazu gesagt,

dieser Teil des Artikels sei „vorsichtig formuliert: nicht ganz gelungen“ und „Wer eine solche Linie zieht, der treibt Geschichtsklitterung“. Ich möchte davon ausgehen, daß Deine tatsächliche Äußerung anders gelautet hat. Denn tatsächlich handelt es sich nicht nur um Geschichtsklitterung, sondern um infame Herabsetzung.

Ich habe seinerzeit ohne gehörige öffentliche Gegenäußerung meinerseits ertragen, daß ein Mitglied des Parteivorstandes mir öffentlich attestiert hat, mit meinen „Sekundär-Tugenden“ könne man auch ein KZ leiten. Ich bin auch bereit, die gegenwärtige Beleidigung schweigend zu ertragen, sofern der Parteivorstand eindeutige Konsequenzen zieht ...

Seit dem Bundesparteitag in Köln, auf dem ich aus dem Parteivorstand ausschied, habe ich vermieden, in die öffentliche Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie und über unsere Partei einzugreifen ... Wenn es ein drittes Mal zu solchen Beleidigungen kommen sollte, werde ich diese Zurückhaltung aufgeben.

Großer Erfolg für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK)

Mit einem deutlichen Vertrauensbeweis für die Arbeit des EAK-Bundesvorstandes begann die 27. Bundestagung (18. bis 20. April) in Hannover. Der bisherige Bundesvorsitzende, Staatsminister Albrecht Martin, wurde auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises mit 43 von 47 abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt. Von den vier bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden wurden Staatsminister Friedrich Vogel, Bundesminister Werner Dollinger und Sieghard-Carsten Kampf im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit wiedergewählt. Da Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel nicht mehr kandidierte, bestimmten die Delegierten den Vorsitzenden des EAK-Landesverbandes Hessen, Arnulf Borsche, zum vierten Stellvertreter.

Eröffnet wurde die Tagung mit der Rede des EAK-Bundesvorsitzenden, in der er sich sehr grundsätzlich mit dem Verhältnis von Kirche und Politik auseinandersetzte. Eindringlich warnte Albrecht Martin davor, daß sich jene Gruppen durchsetzen, die aus dem Glauben ganz bestimmte politische Antworten als allein christlich folgerten. Wenn die evangelische Kirche Volkskirche bleiben will, muß in den Gemeinden Platz sein auch für verschiedene politische Ansichten.

Es ist und bleibt Aufgabe des EAK, im politischen und kirchlichen Umfeld sowohl die Überzeugungen und Vorstellungen des evangelischen Christen in die innerparteiliche Meinungsbildung der Union einzubringen, als auch die Erfah-

rung des evangelischen Christen, der politische Verantwortung trägt, für das innerkirchliche Gespräch fruchtbar zu machen.

Mit dieser Zielsetzung wurde auch das Tagungsthema, „Um der Menschen willen — Evangelische Christen und die Soziale Marktwirtschaft —“, formuliert. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wies in seinem Hauptreferat auf die notwendige Verbindung zwischen marktwirtschaftlicher Freiheit und sozialem Ausgleich hin und bedauerte, daß es gerade überzeugten und engagierten Christen nicht immer leichtfiel, Markt und soziale Gerechtigkeit als etwas in sich Verbundenes zu verstehen. Nirgendwo gäbe es größere Chancen für sozialen Aufstieg durch eigene Leistung als in einer funktionierenden und offenen Marktwirtschaft, und gleichzeitig seien nirgendwo die ökonomischen Grundlagen für die Wahrnehmung sozialer Aufgaben besser. Eindringlich warnte er vor marktwirtschaftsfeindlichen Ideologien, wie sie teilweise von Sozialdemokraten und Grünen vertreten werden.

In drei Arbeitskreisen setzten sich die Teilnehmer mit Problembereichen auseinander, in denen die Instrumente einer marktwirtschaftlichen Ordnung gegenwärtig besonderen Anforderungen unterliegen.

Im Arbeitskreis I, „Wirtschaftlich-technischer Fortschritt und gesellschaftlich-humaner Wandel“, unterstrich Werner Remmers die besondere Verantwortung, die Christen gegenüber den hocheffizienten und produktivitätssteigernden Hilfsmitt-

teln aus Wissenschaft und Technik haben, die nicht zu einem neuen Selbstzweck, Fetisch oder Aberglauben werden dürfen. Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, auch mit dem weiteren Referenten, Staatssekretär Johann Diedrich Hellwege, daß in der Zukunft veränderte Arbeitszeiten und Arbeitsgewohnheiten am stärksten zu einem gesellschaftlichen Wandel beitragen werden.

Bundesminister Jürgen Warnke führte im Arbeitskreis II, „Internationale Handelsordnung und Entwicklungshilfe als Instrumente der Friedenssicherung“, aus, daß eine marktwirtschaftliche Weltwirtschaftsordnung zwar Leistungs- und Chancengerechtigkeit gewährleistet, aber nicht soziale Gerechtigkeit zu garantieren vermag. Entwicklungshilfe wird damit zum wichtigen Element des sozialen Ausgleichs.

Im Arbeitskreis III, „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie“, diskutierten die Teilnehmer intensiv Probleme der Landwirtschaft, wobei Fragen im Zusammenhang mit der Agrarpolitik der EG ebenso angesprochen wurden wie auch die Umweltbelastung durch die Bemühungen der Landwirte, ihre Erträge künstlich zu steigern. Es wurde deutlich, daß gerade im Bereich der Ökologie der Sozialen Marktwirtschaft ein neues Aufgabenfeld erwachsen ist.

Am Ende stand in allen Arbeitskreisen die Feststellung, daß die Soziale Marktwirtschaft an mancher Stelle zwar reformbedürftig sei, grundsätzlich aber den Anforderungen auf nationaler und internationaler Ebene durchaus gerecht wird. Nicht zuletzt die Christen in politischer Verantwortung sind aufgefordert, an ihrer Fortschreibung und Erneuerung mitzuarbeiten.

Abschluß und Höhepunkt dieser 27. Bundestagung war die von Presse, Funk und

Fernsehen vielbeachtete öffentliche Schlußkundgebung mit Bundeskanzler Helmut Kohl. Rund 2000 Besucher bereiteten ihm, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und dem Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann einen begeisterten Empfang. Für die CDU in Niedersachsen war diese gelungene Veranstaltung gleichzeitig ein anspornender Auftakt für die heiße Phase des Landtagswahlkampfes.

Die Broschüre mit den Reden und Referaten der Bundestagung erhalten Sie in absehbarer Zeit über die EAK-Bundesgeschäftsstelle Friedrich-Ebert-Allee 73—75 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 544-306.

Neue Arbeitsplätze durch Medienausbau

Die Informations- und Kommunikationsgesellschaft der Zukunft wird neue Arbeitsplätze in der Medien- und Kulturindustrie bringen. Wie der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dieter Weirich, am 16. April in Bonn erklärte, werde sich der Bedarf an publizistischen und kreativ-künstlerischen Leistungen langfristig verdoppeln.

Hessen bei Aufklärung von Straftaten „Schlußlicht“

Hessen bildet nach Angaben von Landesinnenminister Horst Winterstein (SPD) bei der Aufklärung von Straftaten neben Hamburg das „Schlußlicht“ in der Bundesrepublik Deutschland. Der Minister wies darauf hin, daß die hessische Polizei durch die Auseinandersetzungen um den Frankfurter Flughafen zu vermehrten Sonderinsätzen gezwungen werde. Mindestens 1 500 bis 1 700 zusätzliche Polizisten seien in Hessen erforderlich.

SPD hat alte Positionen aufgegeben

Vor 40 Jahren, am 21. April 1946, fand im Ostberliner „Admiralspalast“ der sogenannte „Vereinigungs- parteitag“ von SPD und KPD in der damaligen sowjetisch besetzten Zone statt. Der sowjetzionale SPD-Vorsitzende, Otto Grotewohl, und der damalige KPD-Vorsitzende, Wilhelm Pieck, reichten sich die Hände. Die Gründung der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) war besiegt. Zwei ineinander verschlungene Hände sind heute noch das offizielle Emblem der SED.

Es kam zur Vereinigung, obwohl der damalige SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher und mit ihm die meisten Sozialdemokraten verzweifelt vor diesem Bündnis zwischen SPD und KPD warnten. Schumacher antwortete damals auf die Frage, ob denn Sozialdemokraten und Kommunisten nicht Brüder werden könnten: „Auch Kain und Abel waren Brüder.“

Während der 50er Jahre blieb die SPD ohne Wenn und Aber auf diesem Kurs Schumachers. Erich Ollenhauer, sein Nachfolger und der Vorgänger Willy Brandts, schrieb 1957 für eine amerikanische Zeitschrift einen engagierten Beitrag mit dem Titel: „Warum niemals Aktions- einheit mit der SED?“ Ollenhauer lehnte für sich und die SPD jede Art von Aktionseinheit mit der SED, mit Kommunisten überhaupt, ab. Er verwies dabei auf die Erklärung der Sozialistischen Internationale vom April 1956, in der es heißt: „Wo immer die Kommunisten an der Macht sind, haben sie jede Freiheit, jedes Recht der Arbeiter, jeden politischen Fortschritt und jeden menschlichen Wert entstellt, also alles, was Sozialisten in einem generationenlangen Kampf errungen haben.“

Im Grundsatzprogramm der SPD vom November 1959, das heute noch gültig ist, heißt es folgerichtig: „Die Kommunisten unterdrücken Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker.“

Noch im November 1970, nachdem Sozialdemokraten in der Bundesrepublik mit Willy Brandt den Kanzler stellten, verabschiedete der Parteirat der SPD eine Entschließung, in der klar festgestellt wird: „Zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gibt es keine Aktionsgemeinschaft.“

- Und heute?

Mitte März dieses Jahres fand in der Bonner SPD-Parteizentrale eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „40 Jahre danach“ statt. Im Untertitel hieß es: „Von der Zwangvereinigung und der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten zur zweiten Phase der Entspannungspolitik.“ Das heutige Verhältnis der SPD zum Kommunismus wurde dabei blitzartig beleuchtet. Viele Gesprächsteilnehmer erklärten den „alten Antikommunismus“ für überwunden.

Das rief die langjährige Wegbegleiterin Kurt Schumachers, die SPD-Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, auf den Plan. Erregt und engagiert bekannte sie sich zu den alten SPD-Positionen in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Es sei unbestritten, daß Entspannungs- und Friedenspolitik betrieben werden müsse. Doch das Geschwätz um den Antikommunismus nannte sie Wortklauberei: „Warum soll ich eigentlich nicht Antikommunist sein, wenn ich gegen den Kommunismus bin?“ Es habe sich doch wohl am Kommunismus, an seiner weltrevolutionären Strategie und

Rau, Brandt und Vogel fallen den Amerikanern in den Rücken

Der Aufruf „Den Frieden bewahren!“ der SPD-Politiker Brandt, Rau und Vogel ist ein Dokument des Antiamerikanismus. Die SPD-Politiker versuchen mit emotionaler Stimmungsmache parteipolitische Vorteile zu erzielen, erklärt Generalsekretär Heiner Geißler.

In einer Zeit, in der es für die Sicherheit unseres Landes nötig ist, daß alle demokratischen Kräfte des Westens geschlossen zusammenstehen, um die Eskalation des internationalen Terrorismus abzuwenden und Solidarität mit den besonders schwergeprüften Bürgern der USA zu üben, fallen die SPD-Politiker Brandt, Rau und Vogel den Amerikanern erneut in den Rücken. Die Vereinigten Staaten schützen mit ihrer konsequenten Haltung gegenüber dem Terrorismus auch unsere Interessen. Ebenso wie im Herbst 1983 schüren die deutschen Sozialdemokraten die Kriegsfurcht. Sie hatten mit ihrer Panikmache damals keinen Erfolg. Das gilt auch heute.

Im übrigen hat der SPD-Kanzlerkandidat Rau diesmal deutlich gezeigt, welche Glaubwürdigkeit seine Bekenntnisse zu den USA haben.

Taktik, nichts geändert. Sie sehe jedenfalls keinen einzigen Grundwert, den sie mit Kommunisten gemeinsam habe.

Frau Renger blieb in der Diskussion unter der Führung von SPD-Bundeschäftsführer Peter Glotz fast allein. Kein Wunder. Glotz selbst bestätigte kürzlich in einem Artikel über „Antiamerikanismus und Antikommunismus“ eine Entwicklung in der SPD, die niemand übersehen kann. Er rückte sowohl von der angeblich „verhängnisvollen geistigen Tradition“ des Antikommunismus als auch von der Totalitarismusthese ab. Sie habe in den späten 30er und 40er Jahren ihre Plausibilität gehabt, meinte Glotz. Ihre jetzige „Wiederbelebung“ sei dagegen „empirisch unsinnig und gleichzeitig friedengefährdend“.

(Entnommen aus der „Welt am Sonntag“ vom 20. April 1986.)

„Antiamerikanismus wurde Element der SPD-Politik“

Schwere Vorwürfe gegen den politischen Kurs der SPD, vor allem gegen ihre feindselige Einstellung gegenüber der Schutzmacht USA, haben Sozialdemokraten auf einer Diskussionsveranstaltung des Kurt-Schumacher-Kreises in Berlin erhoben. Dem Kurt-Schumacher-Kreis gehören ehemalige und aktive SPD-Mitglieder an.

Ministerialdirektor a.D. Hermann Kreutzer, der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung jahrelang in „DDR“-Zuchthäusern saß, erklärte: „Antiamerikanismus ist zu einem Wesenselement der SPD-Politik geworden. Mit diesem Antiamerikanismus korrespondiert die Hinwendung der SPD zur sowjetischen Politik.“

Leitfaden zur Einrichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen

Die Frauenvereinigung der CDU hat in Bonn einen „Leitfaden zur Einrichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen“ vorgestellt. Die geschäftsführende Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung der CDU, Ursula Benedict-Engler, und die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauenpolitik im Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU, Staatssekretärin Maria Herr-Beck, stellen dazu fest:

Der vorgestellte „Leitfaden zur Einrichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen“ ist eine Handreichung für Städte, Kreise und Gemeinden, die Frauenpolitik auf kommunaler Ebene gestalten möchten. Mit ihm zeigen der Bundesfachausschuß „Sozialpolitik“ und die Frauenvereinigung der CDU Wege zur neuen Partnerschaft von Mann und Frau.

Ziel des Leitfadens ist es, die Einrichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen zu fördern. Dort, wo bereits kommunale Stellen existieren, gibt der Leitfaden wertvolle Tips für die Arbeit dieser Stellen.

Der Leitfaden wurde erstellt, weil es auch auf der untersten Ebene unseres föderalen Systems notwendig ist, für mehr Gleichberechtigung zu sorgen. Die Benachteiligung von Frauen fängt nicht erst an, wenn es um die Verteilung der Kandidatenplätze für den Bundestag und die Landtage geht. Wir wollen die Benachteiligung der Frauen im Alltag abbauen. Dazu müssen geeignete Möglichkeiten geschaffen werden.

Bisher wurden die Stellen für Frauenfragen überwiegend in größeren Städten eingerichtet. Die Einrichtung kommunaler

Stellen für Frauenfragen muß aber besonders in kleineren Städten und in Landkreisen erfolgen, weil auf dem Lande für Frauen oft ein großes Defizit an erreichbaren Anlaufstellen besteht. Aufgabenstellung, Organisation und Ausstattung der Stellen sind den jeweiligen örtlichen und regionalen Gegebenheiten anzupassen. Der Leitfaden enthält hierfür Anregungen und Hinweise.

Entscheidend für die wirkungsvolle Wahrnehmung der Aufgaben einer kommunalen Stelle für Frauenfragen sind die Kompetenzen, die organisatorische Ansiedlung und die Ausstattung der Stelle. Wegen der übergreifenden Aufgabenstellung sollte sie bei der „politischen Spitze“ (Oberbürgermeister/Bürgermeister/Landrat) oder bei der Verwaltungsspitze oder beim Rat eingerichtet werden. Die vielfältigen Aufgaben erfordern bei größeren Städten die Besetzung mit mindestens zwei Personen, ggf. auch mehr Stellen, und eine entsprechende ausreichende sachliche Ausstattung. Die Kompetenzen müssen so gestaltet sein, daß sie die Förderung von Frauen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung und zum Abbau von Benachteiligungen wirkungsvoll unterstützen. Mit der Schaffung von Alibi-stellen, die etwa aufgrund zu geringer Ausstattung oder zu enger Kompetenzen die ihr zugewiesenen Funktionen nicht erfüllen können, wird den Interessen der Frauen nicht gedient.

Der Leitfaden zur Errichtung kommunaler Stellen für Frauenfragen ist zu beziehen bei:

Frauenvereinigung der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Zur Sache:

Was der DGB verschweigt:

Den Arbeitnehmern geht es besser

Das vergißt der DGB zu sagen: Seit 1983 gibt es wieder eine erfolgreiche Politik für Arbeitnehmer.

- Die Regierung Helmut Kohl hat den Anstieg der Arbeitslosigkeit gestoppt. Sie ist ein Garant für sichere und neue Arbeitsplätze. Allein 1985 hat die Zahl der Erwerbstätigen um 250 000 zugenommen; 1986 wird sie noch einmal um 300 000 bis 400 000 steigen.

Erinnern Sie sich? 1982 unter der SPD stieg die Arbeitslosigkeit um 44,1 Prozent, gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen um 435 000 zurück.

- Die Preise sind stabil. Löhne und Gehälter steigen tatsächlich und nicht nur auf dem Papier.

Erinnern Sie sich? 1982 unter der SPD-Regierung drückte uns eine Inflationsrate von 5,3 Prozent. Lohn- und Rentenerhöhungen wurden durch die Inflation aufgezehrt.

- Die Wirtschaft wächst wieder. Das sichert Wohlstand für alle. Der Aufschwung ist da. Nur eine wachsende Wirtschaft schafft und sichert Arbeitsplätze.

Erinnern Sie sich? Unter der SPD-Regierung hatten wir eine Wirtschaftskrise – immer mehr Arbeitsplätze gingen verloren.

Auch wenn es der DGB nicht wahrhaben will: Die Politik der Regierung Helmut Kohl zahlt sich für alle Bürger aus.

Und auch dazu schweigt der DGB:

Der Skandal um die Neue Heimat geht zu Lasten der Mieter, der Steuerzahler und der Gewerkschaftsmitglieder



**Sichere Arbeitsplätze
Stabile Preise
Steigende Einkommen**

Wir sind

auf einem guten Weg in Deutschland

Die Arbeitsplätze sind sicher. Neue Arbeitsplätze entstehen. 1985 haben rund 250 000 Menschen neue Arbeitsplätze gefunden. 1986 werden rund 350 000 mehr Menschen Beschäftigung haben.



Das sind in drei Jahren über eine halbe Million mehr Beschäftigte. Der Aufschwung geht nicht am Arbeitsmarkt vorbei.

Stabile Preise: Das spüren die Bürger im Geldbeutel: Lohn- und Rentenerhöhungen werden nicht mehr von der Inflation weggefressen. Die Wirtschaft wächst wieder: Das sichert Wohlstand für alle. Der Aufschwung ist da. Nur eine wachsende Wirtschaft schafft und sichert Arbeitsplätze.

Weniger Steuern: Insgesamt werden die Bürger um 20 Milliarden Mark entlastet. Dies kommt vor allen Dingen Arbeitnehmern und Familien mit Kindern zugute.

**Die Politik
der Regierung Helmut Kohl
zahlt sich für die
Arbeitnehmer aus.**

CDU

*sicher
sozial
und frei*

WM-Kalender



Der persönliche Begleiter für alle Fußballfreunde

Mit dem Eröffnungsspiel Bulgarien — Italien beginnen am 31. Mai für alle Fußballbegeisterten die schönsten Wochen des Jahres.

Dazu hält die CDU-Bundesgeschäftsstelle wieder ein sympathisches Werbemittel für Sie bereit.

Auf 24 Seiten erfahren Fußballfreunde alles über die teilnehmenden Nationen, den geänderten Austragungsmodus, über die einzelnen Spielpaarungen und die Sendezeiten von ARD/ZDF und vieles mehr.

Neben Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler kommen u.a. Uwe Seeler und Sepp Maier zu Wort, die Interessantes zu ihrer WM-Teilnahme 1970 in Mexiko schildern.

Das WM-Preisausschreiben regt durch tolle Preise zum Mitmachen an und rundet den Kalender unterhaltsam ab.

Gutes Werbemittel für unsere Partei

Der WM-Kalender eignet sich natürlich besonders gut für Verteilaktionen Ihres CDU-Verbands, z. B. bei Sportveranstaltungen und sonstigen Canvassing-Aktionen.

Der Kalender ist ab sofort erhältlich bei:

IS-Versandzentrum

Postfach 1328

4804 Versmold

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 12 DM

Bestell-Nr.: 2713

Für folgende Landesverbände wurde eine Sonderausgabe mit einer landespezifischen Doppelseite im Mittelteil hergestellt:

● **Niedersachsen**

● **NRW**

● **Saarland**

● **Hessen**

● **Baden-Württemberg**

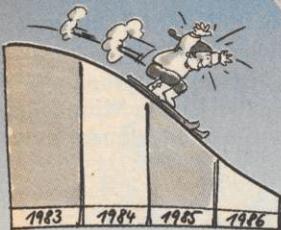
Wenden Sie sich bei Bestellungen dieser Sonderausgaben bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Wir haben stabile Preise. Das bringt die Wende im Geldbeutel aller Bürger. Löhne und Gehälter steigen tatsächlich und nicht nur auf dem Papier!

1 Prozent weniger Preissteigerung bedeutet 7 Milliarden Mark mehr Kaufkraft pro Jahr.

Stabile Politik: Stabile Mark



Die Stabilitätspolitik der Bundesregierung bringt allen Bürgern viele Milliarden Mark an Kaufkraftzuwachs. Das ist besser als jedes schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramm. Preisstabilität ist die beste Sozialpolitik, das spüren alle Bürger!

Vertrauen in die Zukunft
Wir sind auf einem
guten Weg in Deutschland

CDU
II sicher
sozial
und frei

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UiD

13/86

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.